

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Abonnementpreis für Thörn bei Abholung in der Expedition, Brückenstraße 34, in den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Insertionsgebühr

die 5gep. Petitzeile oder deren Raum 10 Pf., Beklame heil Zeile 20 Pf Inserat-Annahme: in der Expedition, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachmittags. Auswärts: Sammtl. Annoncen-Expeditionen, in Gollub: G. Tschler.

Thorner

Ostdeutsche Zeitung.

Redaktion: Brückenstraße 34, I. Etage. Sprechzeit: 10-11 Uhr Vormittags und 3-4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Expedition: Brückenstraße 34, parterre. Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Kaiser wohnte mit seiner Familie am Sonntag Vormittag in Potsdam der Nagelung und Weihe der Fahne des dritten Seebataillons in Raufschau bei. Am Montag früh empfing der Kaiser in Potsdam in russischer Uniform den Großfürsten und die Großfürstin Wladimir von Rußland und deren Tochter Helena nebst ihrem Bräutigam, dem Prinzen Max von Baden.

Der Bericht des Kaisers auf die Reise nach Egypten soll nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ durch eine Etikettenfrage veranlaßt sein. Egypten steht immer noch nominell unter der Oberhoheit des Sultans, und als Vizekönig und vollgiltiger Vertreter des Sultans residirt Khedive Abbas II. in Kairo, die wirklichen Herren des Landes sind aber bekanntlich die Engländer. Würde der Kaiser nun die Gastfreundschaft des Khedive in Anspruch nehmen, so würde das gleichbedeutend mit einer feierlichen Anerkennung der Oberhoheit des Sultans über das Niland sein, womit man natürlich in England wenig zufrieden wäre: der Kaiser kann sich aber in Egypten auch nicht ohne weiteres als Gast Englands betrachten, ohne die Gefühle des Sultans zu verletzen. Es ist dem Oberhofmarschallamt nicht gelungen, einen Weg aus diesem Dilemma zu finden, und daher hat man es vorgezogen, den Abstecker nach Egypten ganz aufzugeben.

Die Reichstagsöffnung soll nach der „Post“ unmittelbar nach der Rückkehr des Kaisers am 16., 17. oder 18. November erfolgen. Wenn diese Nachricht zutrifft, so würde der Kaiser auch seinen Ausflug nach Syrien abkürzen; denn nach dem bisherigen Reiseprogramm sollte die Abfahrt aus Beirut erst am 16. November erfolgen.

Ein Wolffsches offizielles Telegramm meldet: „Der königlich preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhle Wirklicher Geheimer Rath von Bülow, der sich zur Zeit auf Urlaub in Deutschland befindet, wird voraussichtlich nicht auf seinen Posten zurückkehren.“ In einigen Blättern wird an diese Meldung die Vermuthung geknüpft, es liege der völlige Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan in Aussicht, weil der Papst bei seiner jüngsten Ansprache an die französischen Pilger die Oberhoheit Deutschlands über seine im Orient lebenden Angehörigen perhorrescirt habe. Die „R. Z.“ schreibt dazu, die Abberufung von Bülow von dem Gesandtenposten beim Vatikan beweise, daß die früheren freundlichen Beziehungen zwischen Berlin und Rom eine Trübung erfahren haben. Die hochoffizielle Ansprache Croys enthalte zwar keinen direkten Protest gegen die deutsche Auffassung über das Schutzwort, gelte aber als Ermuthigung der französischen Ansprüche. Im Vatikan hätte man wissen müssen, daß nach den vorangegangenen Verhandlungen eine abermalige lobende Hervorhebung des traditionellen Schutzworts von Deutschland als unfreundliche Haltung aufgefaßt werden müsse. Die „R. Z.“ fordert die deutsche ultramontane Presse auf, dem Papst die Ueberzeugung beizubringen, daß er schlecht unterrichtet gewesen ist.

Eine Fleischnoth existirt nicht, und wenn sie existirt, so ist sie künstlich hervorgerufen. So dekretirte am Freitag die „Nordb. Allg. Ztg.“, das Organ der preussischen Regierung. Mit dieser Verschleierung der Thatfachen vergleiche man ein Urtheil in der Münchener „Allg. Ztg.“, die von der bayerischen Regierung zu offiziosen Auslassungen benutzt wird. In diesem Blatt wird hervorgehoben, daß der bayerische Landwirtschaftsrath in seinem Bericht für 1897 der Anschauung Ausdruck verleiht, „daß es noch einiger Jahre bedürfe, um ziffermäßig den erforderlichen Nachweis liefern zu können, daß bei eventuellem Ausfall der Vieheinfuhr vom Ausland der Bedarf thatsächlich im Inland gedeckt werden kann“. Die Münchener „Allg.

Ztg.“ bezeichnet darum die Viehsperre gegen Oesterreich-Ungarn für eine Unmöglichkeit, weil die Versorgung namentlich Münchens mit der nötigen Quantität und besonders Qualität des Schlachtviehs eine Unmöglichkeit würde. Ob die Landwirtschaft eines Tages im Stande sein werde, den Bedarf nach beiden Richtungen zu decken, sei eine Frage der Zukunft. Alle, denen die Volksernährung am Herzen liegt, müßten der bayerischen Regierung auf das höchste dankbar sein, daß sie dem Drängen nach Maßregeln, welche nicht die Gefahr der Seucheneinfuhr fürchten, bezüglich des Großviehs in den Hauptpunkten nicht nachgegeben hat und nicht nachgegeben wird, da die Seuche und ihr Fortbestehen absolut nicht auf die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn zurückzuführen sind. — Besonders lehrreich für die Agrarier sind folgende Auslassungen des Münchener Blattes: „Ueber die gegenwärtigen Fleischpreise sind akademische Erörterungen nicht mehr nötig. Man möge in München jede Hausfrau, insbesondere in den minderbemittelten Klassen danach fragen, und man wird hören, daß auch der ohnedies minimale Fleischverbrauch eingeschränkt werden muß und damit die Ernährung empfindlichen Schaden leidet. Eine wahre Kalamität bildet die Theuerung des Schweinefleisches. Wir haben gewiß jeder Zeit anerkannt, daß sich die Landwirtschaft in einer mitleidigen Lage befindet und daß alles Erreichbare geschehen muß, um ihr zur Hilfe zu kommen und sie zu heben. Aber diese Fürsorge hat ihre natürlichen Grenzen, einmal in der Möglichkeit, dann aber auch da, wo eine schwere Schädigung der anderen Berufsstände und der weitesten Volkskreise hervorgerufen wird, wo die Volksernährung sich verschlechtern muß. Darum kann und darf das Verbot der Schweineinfuhr nur so lange und nach solchen Gebieten aufrecht erhalten werden, als es die zwingendste Nothwendigkeit wegen immanenter Seuchengefahr erfordert.“

Die von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung getroffene Wahl des Rechtsanwalts Reichstagsabgeordneten Kaufmann zum Stadtrath von Berlin ist nunmehr durch den Oberpräsidenten bestätigt worden. — Die Bestätigung des Bürgermeisters Kirchner in Berlin dürfte nach der „Nat. Ztg.“ bereits erfolgt sein und ihre Bekanntmachung in den nächsten Tagen stattfinden.

Ueber den Gebrauch der Waffen hat der Kriegsminister einen Erlaß veröffentlicht, durch den den Truppen eingeschärft wird, daß der durch äußerste, im Geseß vorhergesehene Umstände hervorgerufene Gebrauch der Waffen in Friedenszeiten der Militärwürde und dem Soldatenruhm entsprechen muß, bei deren Befolgung jeder Soldat daran denken muß, daß jede unnütze, durch keine Nothwendigkeit hervorgerufene und gesetzwidrige Anwendung der Gewalt in Bezug auf friedliche Bürger sich als dunkler Fleck auf die Armee setzt und strenge Verantwortlichkeit vor dem Gericht nach sich zieht. Es handelt sich dabei jedoch um den Erlaß des russischen Kriegsministers.

Nach dem Pariser „Memorial diplomatique“ wird das Uebereinkommen zwischen den Mächten betreffend die Maßregeln gegen die Anarchisten in einem System der Verständigung zwischen den Polizeiverwaltungen der verschiedenen Länder bestehen.

Der Gouverneur von Deutsch-Dakota, Generalmajor Liebert, hat wegen des Todes seiner Gattin seinen für Dezember bewilligten Urlaub bereits angetreten und ist schon unterwegs nach Deutschland.

In Folge Darstellung lebender Bilder bei einem Maskenball ist in Kiel der Verein „Arbeiterbund Praag“ als politischer Verein angesehen worden. Der den Maskenball überwachende Polizeibeamte bekundete, daß politische Angelegenheiten nicht besprochen wurden. Eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sei jedoch durch Darstellung lebender Bilder bewirkt. Die lebenden Bilder bestanden

u. a. in der Darstellung zweier englischer Maschinenbauer, die sich die Hand gereicht hatten, während ein Transparent mit rothem Licht besagte: „Hoch der Achtsundentag“. Sodann hatte an einem Gestell ein saurer Fering gebaumelt und ein darunter stehender Mann hatte vergebens danach geklopft. Das sollte nach Ansicht des überwachenden Beamten eine Anspielung auf schlechten Verdienst und Kost des Arbeiters sein. Ein anderes Bild hatte den Freiherrn v. Stumm und Bismarck dargestellt, die auf einem Schleifstein eine Sense und ein Weilschliffen. In diesen Bildern wurde nach Ansicht des Gerichts nun eine Bepfropfung politischer Angelegenheiten gefunden. Der Verein sei deshalb verpflichtet gewesen, die Mitgliederlisten und sein Statut der Polizei einzureichen. Da dieses auf Aufforderung der Polizei nicht geschähe, wurde dann auf 20 Mk. Geldstrafe erkannt und die Kieler Strafkammer hat dieses Urtheil bestätigt.

Ausland. Frankreich.

Zum Fall Dreyfus hat am Sonntag die Mehrzahl der Pariser Blätter die Nachricht enthalten, die Konklusionen des Berichterstatters des Kassationshofes sprechen sich ebenso wie diejenigen des Generalprokurators Manau für die Revision aus. Er habe außer der Fälschung Dreyfus noch andere neue Fakten, welche die Revision notwendig machen, festgestellt und sei entschlossen, die ganze Affäre aufzurollen und seine Enquete, ohne sich durch irgendwelche Rücksichten stören zu lassen, bis zu Ende durchzuführen. Im übrigen verlautet, der Justizminister Sarrien werde im Einvernehmen mit dem Kriegsminister Chanoine bei dem Disziplinarrath der Ehrenlegion die Streichung Esterhazys aus der Ordensliste beantragen. — Der Senator Trarieux richtete an den Ministerpräsidenten Brisson ein Schreiben, in welchem er ihn auffordert, dem engeren Gewehrteam, in welchem sich Picquart befinde, und den er, Trarieux, für gesetzwidrig halte, ein Ende zu machen. Sollte diese Haft nicht aufgehoben werden, dann werde Trarieux beim Zusammentritt der Kammern die Angelegenheit im Senat zur Sprache bringen.

In Paris betrug nach dem „Gaulois“ am Sonnabend die Zahl der Ausständigen 45 000. Maler, Schlosser, Maurer und Abbrucharbeiter beschloßen am Sonnabend, beim Ausstand zu beharren. Die Parteilager haben sich dem Ausstand angeschlossen. Die Bahnbediensteten haben am Sonntag in geheimer Versammlung zu dem Streik Stellung genommen. Nach dem Wolffschen Bureau gilt es für unwahrscheinlich, daß die Bahnbediensteten sich ebenso wie die Eisenbahnarbeiter dem Streik anschließen. Die Omnibusbediensteten sollen sich gleichfalls weigern, in den Ausstand einzutreten. An Truppenverstärkungen sind bis Sonntag insolge des Ausstandes 11 000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie herangezogen worden. Am Montag Vormittag herrschte überall Ruhe. Nur ein Trupp Ausständiger versuchte an einem Bauplatz thätige Arbeiter zum Niederlegen der Arbeit zu verleiten. Auf Zureden des den Infanterieposten an dieser Stelle befehligenden Offiziers zerstreuten sie sich jedoch. Die Zahl der Infanterieposten, welche die Aufgabe haben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, ist erheblich vermehrt worden.

Spanien-Nordamerika.

Auf der spanisch-amerikanischen Friedenskonferenz in Paris ist es bereits in Folge der Ansprüche der Amerikaner zu allerhand Differenzen gekommen. Dem „Journal des Debats“ zufolge verlangen die Vereinigten Staaten als Kriegsentgelt Manila sowie die ganze Insel Luzon. Angesichts der unerwarteten amerikanischen Forderungen hätten die spanischen Mitglieder der Friedenskommission erklärt, sie müßten neue Instruktionen ihrer Regierung abwarten. — Wie der „Newyork Herald“ meldet, hätten die amerikanischen Delegirten von Mac Kinley die Ermächtigung erhalten, die Arbeiten

der Friedenskonferenz zu unterbrechen, falls die spanische Regierung nicht baldigst die Bedingungen der Vereinigten Staaten annähme.

Die Kosten des Feldzuges auf Kuba und den Philippinen überschritten, wie aus Madrid amtlich zugestanden wird, drei Millionen Pesetas.

Nordamerika.

Die Indianerunruhen in Minnesota sind in der Reservation der Chippewa-Indianer dadurch entstanden, daß man ihnen Land hat wegnehmen wollen. Die Indianer verlangten Entschädigung und Aufbesserung ihres gegenwärtigen Besizes, allein diese Forderung wurde abgelehnt. Das regte die Indianer auf, und als die Polizei einige Indianer, die in ungeleglicher Weise Spirituosen verkauft hatten, verhaften wollte, leisteten die Indianer Widerstand und tödteten den Polizei-Offizier. Darauf wurden Truppen aufgeboden, um die Mörder einzufangen. Die Indianer erklärten zugleich den Behörden, daß sie bis zum letzten Mann kämpfen würden. Die Zahl der Ruhestörer wird auf 300 angegeben, während der ganze Stamm 4000 Krieger stark ist. Jetzt ist die Ruhe wieder hergestellt.

Türkei.

Die Lage auf Kreta ist nach einem Privattelegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Ranea sehr kritisch. Die Admirale und Konsuln wurden beauftragt, ihre Familien wegzuschicken und die fremden Untertanen haben den Befehl, innerhalb einer Woche das Land zu verlassen. Zur Ausnahme des Konsularkorps ist ein russisches Kriegsschiff bestimmt. Man fürchtet seitens des türkischen Militärs Widerstand und hält ein Bombardement der Städte für sehr wahrscheinlich.

Admiral Pottier hat den vornehmsten Weis angekündigt, daß nach dem Abzuge der türkischen Truppen die Admirale für den Schutz der gesamten Bevölkerung ohne Ausnahme Gewähr leisten und ihre Regierungen auffordern würden, die internationalen Truppen bis nach der vollständigen Beruhigung der Insel dort zu belassen. Die Mohammedaner würden im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl bei der Besetzung öffentlicher Aemter berücksichtigt werden. Für den Fall, das Zwangsmassregeln erforderlich sein sollten, um die Zurückziehung der türkischen Truppen zu erreichen, würden die Admirale die Bevölkerung 48 Stunden vorher davon in Kenntnis setzen, um den Einwohnern die Möglichkeit zu gewähren, sich unter den Schutz der internationalen Truppen zu begeben.

Egypten.

Am Sonntag wurde der mit der französischen Regierung über die Frage des Oberen Nils geführte Schriftwechsel veröffentlicht. Aus demselben geht hervor, daß der französische Minister des Aeußeren Hanotaux im Dezember 1897 durch den englischen Botschafter Monson die Mitteilung erhielt, England gebe nicht zu, daß eine andere europäische Macht das Recht habe, irgend einen Theil des Niltalles zu besetzen. Am 9. September 1898 wies Lord Salisbury den Botschafter Monson telegraphisch an, dem französischen Minister des Aeußeren Delcasse mitzutheilen, daß alle bisher vom Kalifen beherrschten Gebietsstheile durch das Recht der Eroberung an die britische und ägyptische Regierung übergegangen seien. England halte dieses Recht für ein undisputirbares. Monson richtete gleichzeitig an den Minister Delcasse die Anfrage, warum Frankreich die Expedition ausgesandt habe, welche, wie ihr bekannt war, von England als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden würde. Er bemerkte dazu, die Lage am oberen Nil sei gefährlich. England sei festen Willens, an seinem Entschluß festzuhalten und würde sich auf kein Kompromiß einlassen. Delcasse erwiderte ihm darauf, eine Expedition Marschand gäbe es nicht. Marschand sei nur der Untergebene von Liotard. Der Minister führte als Grund für das französische Vorgehen an, daß Egypten den Sudan verloren habe. Ferner wird eine Depesche des englischen Konsuls in Kairo an Lord Salisbury veröffentlicht, in welcher ersterer sagt, nichts hätte Marschand vor der Vernichtung retten können, wenn die englisch-ägyptische Expedition den Kalifen erst vierzehn

